

Wir sind systemrelevant und jeden Schutz wert!

Die Krise um Corona aus feministisch-migrantischer Perspektive

Jede Krise verstärkt ohnehin schon bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und macht diese sichtbarer. Wir betrachten es als eine gemeinsame gesellschaftliche und politische Aufgabe, jetzt mehr denn je ein besonderes Augenmerk auf diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu lenken, gegenzusteuern und für die Zukunft daraus zu lernen. Die Pandemie kennt keine Grenzen und keine Nationalitäten. Die rückständigen Kräfte, die seit Langem mehr Abschottung und Nationalismus fordern, nutzen sie jedoch für ihre populistischen Zwecke. Ihre Propaganda trifft auf eine politische Zeit, in der die Beschneidung von Grundrechten von einem großen Teil der Bevölkerung ohne Aufschrei hingenommen wird und „Zuhause bleiben“ zum gefeierten Wort der Stunde wird. Aber: Zuhause bleiben ist ein Privileg. Tausende von Menschen werden gezwungen, in Lagern zu leben, weil sie ihr Zuhause aufgrund von Krieg oder Verfolgung verloren haben. Andere müssen weiterhin in unterbezahlten und risikoreichen Bereichen schuften, um die Grundversorgung der Bevölkerung und der eigenen Familie zu ermöglichen.

Wir als Menschenrechtsorganisation nehmen diese Entwicklungen zum Anlass, die Krise aus einer feministischen und migrantischen Perspektive zu betrachten. Denn Grund- und Menschenrechte müssen auch in diesen Zeiten so weit wie möglich gewahrt werden. Sonst sind sie das Papier, auf dem sie stehen, nicht wert.

Dieser Text soll eine erste Bestandsaufnahme sein. Eine ausführliche Auswertung unserer Umfragen im Bereich „Gewalt gegen Frauen* mit Migrations- und/oder Fluchtgeschichte“ und unsere Ergebnisse zum Thema Arbeit werden in den kommenden Tagen veröffentlicht.

Vermeintliche Frauen*berufe sind systemrelevant

Paradoxerweise zeigt sich gerade in diesen Tagen die Systemrelevanz von genau jenen sogenannten Frauen*berufen und -tätigkeiten, deren prekäre Arbeitsbedingungen und mangelnde gesellschaftliche und wirtschaftliche Anerkennung in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert werden musste. Der Frauen*anteil beträgt 77% im Gesundheits- und Sozialwesen, aber auch im Lebensmitteleinzelhandel arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen*.

Jobs im Niedriglohnsektor, beispielsweise in der Pflege, als Reinigungskräfte oder im Lebensmitteleinzelhandel werden oft von Frauen* mit Migrationsgeschichte ausgeführt. Nicht nur sind diese Berufe schlechter bezahlt, sondern gerade jetzt auch sehr fordernd und anspruchsvoll.

Die kleinen und großen Gesten der Solidarität wie Danksagungen auf Transparenten helfen vielen dabei, die besondere Arbeitsbelastung durch Corona zu stemmen. Anerkennung muss

sich aber auch in Form von Vergütung, verbesserten Arbeitsbedingungen und Sonderzulagen zeigen. Beschäftigte mit Migrationsgeschichte verdienen es, auch über ihre Arbeitskraft hinaus willkommen geheißen zu werden und am gesamten gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben.

Während die einen zurzeit unter Hochdruck arbeiten, müssen andere aufgrund von Arbeitsausfällen um ihre Existenz bangen. Gerade im Bereich des besonders krisengeschüttelten Gastgewerbes und der Leiharbeit sind viele Frauen* mit Migrationsgeschichte beschäftigt. Ob hochqualifiziert oder prekär beschäftigt – gerade jetzt braucht es einen barrierefreien Zugang zu Informationen über Arbeitnehmer*innenrechte und Entschädigungsprogrammen.

Erhöhtes Gewaltrisiko für Frauen*

Schwierigkeiten ergeben sich jedoch nicht nur durch schlecht bezahlte, risikoreiche oder wegfallende Arbeitsverhältnissen. Frust und Aggression durch die häusliche Isolation könnten wie bereits in China zu vernehmen war, einen Anstieg von häuslicher Gewalt zur Folge haben. Umso dramatischer ist es, dass es durch die eingeschränkte Mobilität noch schwieriger als sonst ist, telefonisch heimlich Hilfe zu suchen oder Beratungsstellen in Anspruch zu nehmen. Die mangelnde Umsetzung der Istanbul-Konvention macht sich schmerzlicher als sonst bemerkbar. Das chronisch unterfinanzierte Unterstützungs- und Schutzsystem macht eine flächendeckende Aufnahme und Unterstützung von Gewaltbetroffenen unmöglich. Die Residenzpflicht oder Wohnsitzauflagen erschweren die Aufnahme einer geflüchteten Frau* in ein Frauenhaus.

Geflüchtete Frauen*, Mädchen* und LGBTIQ-Personen sind schon jetzt in Unterkünften durch enge Wohnverhältnisse, Unterbringung von Familien in einem Zimmer, mangelnde Privatsphäre einer erhöhten Gefahr von sexualisierten und gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Maßnahmen der Isolation verschärfen die Lage zusätzlich.

Warum dezentrale Unterbringung das Gebot der Stunde ist

Das erhöhte Gewaltpotenzial in Gemeinschaftsunterkünften ist jedoch nur ein Grund, weshalb eine dezentrale Unterbringung jetzt zwingend notwendig ist. In mehr als zehn Unterkünften wurden bereits Menschen positiv auf COVID-19 getestet. Die Unterbringung in Lagern und Zentren ist verantwortungslos. Die Menschen müssen sich Sanitäreanlagen teilen und leben auf engstem Raum zusammen, was das Ansteckungsrisiko vervielfacht. Viele Menschen, insbesondere Kinder, die in diesen Unterkünften leben, haben chronische und komplexe Krankheiten. Anstatt als Risikogruppe einen besonderen Schutz zu erfahren, werden durch Isolationen und das beanspruchte Gesundheitssystem die Zugänge zu Fachärzten weiter eingeschränkt.

Zudem sind die Bewohner*innen massiven zusätzlichen psychischen Belastungen ausgesetzt. In einigen Unterkünften gibt es nicht einmal Internet, sodass der Zugang zu Informationen

oder Möglichkeiten des Zeitvertreibes erschwert ist. Gerade deshalb muss eine psychosoziale Betreuung gewährleistet sein!

Für die Wahrung des Menschenrechts auf psychische und physische Unversehrtheit fordert DaMigra die Unterbringung von Geflüchteten, insbesondere Frauen* und Kindern, in Wohnungen. In Deutschland stehen derzeit rund 1,85 Millionen Betten in Hotels und Pensionen leer. Im Jahr 2018 verzeichnete die Plattform AirBnB allein 150.000 Unterkünfte. Dieser Wohnungsleerstand könnte dafür genutzt werden, die 170.000 Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften sofort menschenrechtswürdig unterzubringen.

Abschiebung und Aussetzung des humanitären Asyls

Das Infektionsschutzgesetz sieht keine Eingriffe in das Asylrecht vor. Das Robert-Koch-Institut betonte 2015, dass Asylsuchende „eher eine gefährdete Gruppe [sind,] als eine Gruppe, von der für andere eine Gefahr ausgeht“. An den Außengrenzen in Erstaufnahmelagern zeichnet sich eine humanitäre Katastrophe ab. Die Aussetzung des humanitären Asyls ist ein fatales Signal mit kaum absehbaren Folgen für die Betroffenen, darunter Frauen* und Kinder. Eigentlich müssten gerade jetzt mehr Menschen aufgenommen werden, um die durch Vorerkrankungen und menschenunwürdigen Lebensbedingungen ohnehin geschwächten Menschen in den Lagern vor Infektionen zu schützen. Wenn wir die Welt zu einer Festung machen und diese Menschen nicht mitnehmen, haben wir alle als Menschen versagt.

DaMigra begrüßt die Aussetzung von Abschiebungen innerhalb Europas. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur möchte den „grenzüberschreitenden Personenverkehrs auf das absolute Mindestmaß“ reduzieren. Wieso werden dann immer noch Privatflüge gechartert, um Menschen in vermeintlich sichere Drittländer abzuschieben?

Care-Arbeit

Die gesellschaftliche Mehrfachbelastung von Frauen* ist kein Geheimnis – sie wird jetzt noch sichtbarer. Im Durchschnitt leisten Frauen* laut einer Studie des BMFSFJ doppelt so viel Care-Arbeit wie Männer (Gender Care Gap). In den meisten Haushalten sind sie in erster Linie für die Betreuung, Erziehung und Bildungsarbeit der Kinder, die Hausarbeit, Kochen, Haushaltsorganisation und Pflege von Familienangehörigen zuständig. Durch den Wegfall von gesellschaftlichen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten lastet diese Mehrarbeit wahrscheinlich schwer auf den Schultern vieler Frauen*.

Die Lehrer*innen geben ihr Bestes, um den Kindern dennoch eine gute Bildung zu ermöglichen. Je nach Haushalt kämpfen jedoch einige Frauen* mit widrigen Bedingungen wie einer schlechten Internetverbindung. Eltern, die erst seit kurzem in Deutschland leben und selbst auch die Sprache lernen, oder berufstätigen Alleinerziehenden fällt es schwer, zu Hause die Lücke zu schließen.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt für ALLE

Nicht nur Frauen* mit Migration- und/oder Fluchtgeschichte trifft die Krise in besonderem Ausmaß. Erfreulicherweise wächst der gesellschaftliche Zusammenhalt und viele verschiedene Menschen, die jetzt besondere Unterstützung brauchen, erfahren Solidarität. Dabei müssen wir genau hinsehen, wer Solidarität braucht und dafür sorgen, dass niemand vergessen wird. Über das Internet finden sich Menschen zusammen, um gemeinsam die Pandemie zu bekämpfen und die Folgen für die Betroffenen jeglicher Art abzufedern. Von nachbarschaftlichen Einkaufshilfen über digitale Demonstrationen und Petitionen — das Engagement der Menschen kommt nicht zum Stillstand. Bei all den sich überschlagenden Nachrichten über das Virus dürfen wir die anderen Themen nicht vergessen, denn es ist auch eine Form von Solidarität, diese wichtigen Themen immer wieder ihren Raum zu geben und zu handeln. Der Anschlag von Hanau ist kaum sechs Wochen her und der wichtige Diskurs über Rassismus innerhalb der deutschen Gesellschaft ist fast zum Erliegen gekommen. Noch schlimmer: Rechtspopulist*innen und Rassist*innen, die lauthals nach noch mehr Abschottung und Nationalismus schreien, nutzen die Pandemie für ihre ideologischen Zwecke. Ihre Propaganda trifft auf eine politische Zeit, in der die Beschneidung von Grundrechten von einem großen Teil der Bevölkerung ohne Aufschrei hingenommen wird — „Zuhause bleiben“ scheint nun erste Bürger*innenpflicht zu sein, der heimische Balkon wird zur politischen Arena umfunktioniert.

Den Gesten der Solidarität müssen auch politische Handlungen folgen. Wir fordern einen effektiven Gewaltschutz, eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten*, sowie barrierearme und mehrsprachige Beratungen. Gerade in Zeiten der Krise ist ein kritischer Blick auf die Wahrung der Grundrechte unverzichtbar. Die Grundrechte auf Menschenwürde, auf Leben und körperliche Unversehrtheit müssen immer und überall gelten. Das Grundgesetz samt Notstandsverfassung sieht keine Ausnahmen vor!

Wir danken allen Mitgliedsorganisationen und anderen Migrantinnen*selbstorganisationen für die unverzichtbare Arbeit, die sie in diesen Tagen leisten. Die meisten sind selbst auch von der Krise betroffen und müssen sich den widrigen Umständen anpassen. Und dennoch bietet Ihr Unterstützung und Solidarität für all diejenigen, die nun Hilfe benötigen. Das Verbreiten von Informationen in Erstsprachen und der unermüdliche, meist ehrenamtliche, Einsatz für die Rechte und Unterstützung von Migrantinnen* in allen Generationen und auf allen Ebenen, ist in diesen Zeiten unverzichtbar.

DaMigra e. V. (Dachverband der Migrantinnen*organisationen) ist die Interessenvertretung von Migrantinnen*selbstorganisationen und ihren Belangen. Mit bundesweit über 70 Mitgliedsorganisationen aus unterschiedlichen Herkunftsländern steht der Verband als Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Medien zur Verfügung, bietet Handlungsempfehlungen und kritische Begleitung von migrationspolitischen Prozessen. DaMigra e. V. setzt sich für Chancengerechtigkeit, Gleichberechtigung und für die Gleichstellung von Frauen* mit Migrationsgeschichte in Deutschland ein.

Pressekontakt:

Alexandra Vogel, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mail: vogel@damigra.de

Telefon: 0178 962 9274